tritt zur Leipziger Volkszeitung, wobei immer offensichtlicher wird das Einschwenken der ehemals „linken" sächsischen SPD-Führer mit Doktor Wuhl an der Spitze in die sozialfaschistische Front der Wels, Heilmann und Severing.

In großen Plakaten kündigt die SPD den preußischen Innenminister Severing als Redner auf einer sozialdemokratischen Kundgebung in Dresden an. Diese Tatsache, daß Severing, der ausgesprochenste Vertreter der sozialdemokratischen Koalitionspolitik und der Unterstützung der Brüning-Regierung und ihres faschistischen Kurses, der Prototyp des sozialdemokratischen Staatsfunktionärs, der mit allen Eigenschaften des aus der Arbeiterklasse hervorgegangenen Interessenvertreters der Bourgeoisie die bürgerliche Staatsmaschine gegen das revolutionäre Proletariat einsetzt als Redner in einer Kundgebung der ehemals „linken" Dresdener SPD zu Wort kommt, ist ein Symbol für die Entwicklung der sächsischen SPD-Führer vom „linken" Kapitalismus zum rechten Sozialfaschismus. Die „linken" SPD-Führer, die mit ihrer Ablehnung der Koalitionspolitik in Sachsen jahrelang politische Schiebergeschäfte gemacht haben, holen sich als Repräsentanten ihrer Politik den rechtesten ihrer Bourgeoisminister nach Dresden. Die aus der Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland, resultierende Einengung der Manövrierfähigkeit der „linken" sächsischen Phraseure, das Auseinanderfallen der „linken" Opposition bei der Panzerkreuzerabstimmung, der Uebergang der Leipziger Volkszeitung zu Heilmann und Schöpflin findet in Severings Besuch eine symbolische Ergänzung. Heilmann ging im Kriege zu Hindenburg, Schöpflin ging zum General Groener, dem Reichswehr- und Bürgerkriegsgeneral, und Arzt und Edel gehen zu Severing, dem Koalitionspolitiker vom reinsten Wasser, dem Organisator der preußischen Schutzpolizei und Hauptverantwortlichen für den Polizeikurs in Preußen, dem Fürsprecher der rechtesten Politik der SPD. Darin liegt die Symbolik des Dresdener Besuchs Severings.

Karl Severing, weiland Metallarbeiter zu Bielefeld und schon vor dem Kriege einer der entschiedensten Vertreter des Reformismus in der Sozialdemokratie wird den deutschen Arbeitern durch die sozialdemokratische Presse immer wieder gepriesen als der „Hort der Republik" und der „starke Mann" gegen die politische und soziale Reaktion. Wohl ist Severing der rücksichtsloseste Verteidiger dieser, der kapitalistischen Republik. Sein Kampf aber zur Verteidigung der kapitalistischen Republik hat sich immer nur gegen die revolutionäre Arbeiterschaft gerichtet. Er selbst hat einmal im preußischen Landtag sich entschieden gegen rechtsradikale Vorwürfe verwahrt, als ob er auch nur ein Jota versäumt hätte im Kampf gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft. In seinem Buch „Im Wetter- und Wetterwinkel" bringt er immer wieder Beispiele von seinem Kampf gegen die revolutionäre Bewegung und von seinen Hilfsdiensten, die er der Reaktion geleistet hat.

Im Frühjahr 1919, so berichtet Severing selbst, wurde er als Staatskommissar ins Ruhrgebiet entsandt, um dort den Streik der Bergarbeiter, die um die Siebenstundenschicht kämpften, niederzuschlagen. Er berichtet, wie er eine Verfügung erlassen habe, wonach jeder, der sich am Streik beteiligt, mit Gefängnis bestraft würde! Er wußte, daß seine Verfügung ungesetzlich war. Aber, so erklärt er, als auch später die Gesetzwidrigkeit seiner Verfügung festgestellt wurde, hatte seine Maßnahme ihren Zweck, die Niederschlagung des Streiks der Bergarbeiter, erreicht. . !

So ist Severing immer gewesen, und so ist er es geblieben, bis zum heutigen Tage. So war der Severing im Jahre 1920, als er mit dem Bielefelder Abkommen den heroischen Kampf der Ruhrarbeiter abwürgte, worauf dann die Massakres der Reichswehr, des Kappisten Watter gegen die Rotarmisten an der Ruhr einsetzten. So war er im März 1921, als die mitteldeutschen Arbeiter blutig niedergeschlagen wurden unter der Führung und nach der Losung Severing-Hörsings: „Der erste Tag muß blutig sein".

Severing war es, der im Herbst des Jahres 1930 auf einer Tagung rheinischer Polizeibeamten das Wort prägte:

„Gummiknüppel und härtere Waffen dürfen in diesem Winter nicht außer Dienst gestellt werden, um unruhige Volkshaufen in Schach zu halten".

Auch zur Diktaturverordnung Brünings, die, wie die heute noch „aufrechten" „linken" SPD-Zeitungen sagen, eine Legalisierung des Faschismus bedeutet, hat sich Severing offen bekannt; sie ist unter seiner aktiven Mithilfe, ja sogar auf seine Initiative erlassen worden! Kein Mensch darf sagen, daß Severing diese Notverordnung gegen rechts handhabt. Auf den gelindesten Druck hin hat Severing alle seine nachgeordneten Behörden, die in der ersten Hitze des Gefechts auch mit einigen Repressalien gegen den Stahlhelm und gegen rechtskapitalistische Parteien (mit denen ja die SPD als Hilfspolizei des Faschismus an einem Strang zieht, und lediglich mit ihnen in einem Futterkrippen-Streit steht) vorgegangen waren, bedenkenlos desavouiert. Der revolutionären Arbeiterschaft gegenüber jedoch ist Severing, und dies festzustellen hat er immer für notwendig gehalten, der gleiche Feind geblieben. Als Polizeiminister Preußens, wie er sich immer wieder bezeichnet, führt er den schärfsten Kampf gegen die revolutionäre Bewegung, verbietet er Demonstrationen und Versammlungen der revolutionären Organisationen, strangliert er die kommunistische Presse, setzt er Staatskommissare ein zur Durchführung der faschistischen Diktatur gegen das werktätige Volk. Er bestätigt erzreaktionäre Kommunalbeamte und versagt jedem Kommunisten die Bestätigung. Severing hat einen großen Wunsch: die große Gelegenheit zur Vernichtung der revolutionären Bewegung in Deutschland. Severing ist kein Kämpfer gegen die Reaktion, und so gut Kapp bereit war, ihm als Minister ins Direktorium zu nehmen, so gut ist der nationalsozialistische Mäuse-Kube sein konzilantester Verehrer!

Severing wird gefaßt und gefeiert, gepriesen und umschmeichelt von all den großen und kleinen Bonzen der SPD als der Mann, der in Preußen die Futterkrippe verwaltet. Die Arbeiter aber, und das sind auch die sozialdemokratischen, gegen Panzerkreuzerkurs und Koalitionspolitik rebellierenden Arbeiter, sehen in Severing den entschiedensten Vertreter der klassenverräterischen und klassenfeindlichen Politik der sozialdemokratischen Führerschaft, sehen in Severing den Führer der sozialdemokratischen Bonzokratie, die ins Lager des Klassenfeindes übergegangen ist.

Arzt und Edel sind bei Severing gelandet. Gehen die sozialdemokratischen sächsischen Arbeiter auch zu Severing? Wir zweifeln daran, daß Arzt und Edel auf ihrem Wege zu Heilmann und Severing eine große Gefolgschaft haben werden!

Heraus zur Massendemonstration, zum

Empfang

der französischen Roten Sportler

Freitag, 24. April / Stellplatz: Reitbahnstr.

Volkspartei kriegsbereit gegen UdSSR

716

Alle roten Betriebsräte von I. G. Farben gemaßregelt

Am Sonntag fand die Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei statt. Der Parteiführer, Dingeldey, erklärte in seiner Rede u. a.: „Die Volkspartei setze sich einmütig für den Regierungskurs und für den Reichskanzler Brüning ein, deutete die weitere Durchführung des Lohnraubes und Sozialabbaues an und verlangte „stärkere Aktivität" in Kulturfragen, um „der kommunistischen Propaganda entgegenzuwirken". Besonders alarmierend ist die außenpolitische Erklärung Dingeldeys, der ausführte, Deutschland werde sich „dem System einer westlichen Front gegen den Bolschewismus anschließen", wenn man (d. i. Frankreich) ihm zuvor „Lebensfreiheit und Lebensraum" gewähre (d. h. Konzessionen macht), und seine „militärische Kraft wiedergebe".

Dingeldey ist nicht irgendwer. Wenn der Vorsitzende der Volkspartei, der Hauptpartei des deutschen Finanzkapitals, sich offen bereit erklärt, gegen Konzessionen an den deutschen Imperialismus mit dem französischen in die Kriegsfront gegen die UdSSR zu gehen, so kennzeichnet das die Absichten der deutschen Bourgeoisie und bedeutet Alarm für das Proletariat und die ausgeplünderten Volksmassen!

Jetzt versteht man auch besser den Sinn der schändlichen „Spionage"hetze, die sich gleichzeitig gegen die UdSSR wie gegen die RGO richtet. Sie wird noch mehr beleuchtet durch die folgende Meldung:

„Frankfurt a. M., 18. April. (Eig. Drahtbericht.) Sämtliche roten Betriebsräte des Höchster Farbwerkes sind wegen „Spionageverdachts" fristlos entlassen worden. Außer den sieben in Betracht kommenden Räten sind weitere 16 Arbeiter, die sich um die revolutionäre Organisierung der Chemiearbeiter verdient gemacht haben, aufs Pflaster geworfen worden. Das Ungeheuerlichste ist: die Reformisten und Christen im Arbeiter- und Betriebsrat haben die Zustimmung zu allen diesen Entlassungen gegeben."

Und die Katze aus dem Sack läßt Herr Hugenberg vollends heraus, wenn in seiner Provinzpresse in einem Rundartikel gesagt wird:

„. . . kommt es darauf an, die Organisation für Werkspionage, also die rote Gewerkschaftsopposition selbst zu zerschlagen."

Parallel führen die Unternehmer Lohnrauboffensive, Kriegsrüstung gegen die UdSSR und Hetze gegen die RGO durch. Die Antwort der Massen in Deutschland umfaßt ebenfalls parallel den Kampf gegen Lohnraub und Terror unter Stärkung der RGO und die schärfste Verteidigung der UdSSR!

Wohnungen für 190000 Arbeiter — in Moskau!

Der Moskauer Sowjet entfaltet zu Beginn der neuen Bausaison, in der auch im Winter nicht zum Stillstand gekommene Bautätigkeit eine Arbeit von weit größerem Umfang als im vergangenen Jahr. Für das laufende Jahr werden dem Wohnungsbau 121 Millionen Rubel zugewandt, gegen nur 34 Millionen Rubel im vergangenen Jahr.

Im vergangenen Jahr wurden in die Neubauten Moskaus 45 000 Personen einquartiert. In diesem Jahr werden für 190 000 Menschen Wohnungen geschaffen, dabel in erster Linie für die in die neue Produktion hineingezogenen Industriearbeiter.

Die §-218-Schande der SPD

Das Dresdner SPD-Blatt durch SPD-Abgeordneten Heilmann überführt

Die Bourgeoisie und die Klassenjustiz setzen ihre Attacken für den § 218 fort. In Offenbach wird ein Riesenprozeß gegen die Aerzte, Medizinalrat Dr. Merk, Leiter des Krankenhauses Kehl, und Dr. Treber, sowie die Aerztin Dr. Paula Bauer-Hans wegen Abtreibungen, vorgenommen bei sozialer Indikation (schlechte soziale Lage der Patienten) eingeleitet.

Die sozialdemokratische Dresdner Volkszeitung wagte es, in ihrer Freitagnummer zu schreiben:

„Die Verleumdungs- und Entlastungssucht der kommunistischen Presse ist unheilbar. Sie darf nicht zugeben, daß die Sozialdemokratie gegen den § 218 kämpft, sie darf nicht zugeben, daß unsere Reichstagsabgeordneten gegen den Schandparagraphen aufgestanden sind . . ."

Hier ist der Beweis, wie prominente Führer der SPD und Reichstagsabgeordnete zum § 218 und seiner tapferen Märtyrerin Frau Kienle stehen. Der Reichstagsabgeordnete Heilmann schreibt im „Freien Wort", offizielles Organ der SPD wörtlich:

„Wir sind Gegner des § 218 in seiner jetzigen starren Form, die allerdings längst nicht so starr ist, wie man im Lande vielfach annimmt, sondern verständigen und gewissenhaften Aerzten einigermaßen Spielraum läßt. Aber trotz unserer Gegnerschaft gegen irgendeine Gesetzesbestimmung müssen wir daran festhalten, daß die Gesetze, die bestehen, durchgeführt werden. . . . Inzwischen ist Frau Jakubowitz („Kienle") nach mehrtägigem Hungerstreik freigelassen worden . . . Aber grundsätzlich muß auch hier bemerkt werden, daß allgemein weder Hungerstreik noch Selbstmordversuch die Freilassung erzwingen können, weil das ja letzten Endes auf eine völlige Lahmlegung jeder Strafjustiz hinausginge. Wir haben bei Fememördern und Bombenlegern ähnliche Manöver zur Sabotierung der Strafjustiz bereits erlebt."

Heilmann erklärt also, daß die SPD („Wir") den § 218 nur „in der starren Form" geändert sehen möchte und der sei „allerdings längst nicht so starr", also braucht man ihn so gut wie gar nicht ändern! Und die tapfere Vorkämpferin gegen § 218, Frau Dr. Kienle, vergleicht Heilmann mit Fememördern und Nazi-Bombenbanditen! Höher geht's nimmer!

Die tägliche Hetze der bürgerlichen Pressekanaille!

Durch die kapitalistische Presse geht eine durch den Aachener Oberstaatsanwalt eingeleitete ekelhafte Hetznachricht gegen die KPD und RGO. Man behauptet, daß die furchtbare Eschweiler Schlagwetterkatastrophe „durch Kommunisten verursacht" worden sei. Auf der Grube Eschweiler Reserve seien von Kommunisten versteckte Dynamitpatronen — die für eine kommunistische Sprengstofforganisation bestimmt waren — aufgefunden worden. Die Katastrophe vom 21. Februar sei durch einen verbrecherischen Sabotageakt der Kommunisten bewußt herbeigeführt worden. An diese ungeheuerliche Hetze reiht sich eine neue unerhörte Frechheit, welche vom Ableger des deutschnationalen Lokalanzeiger, Der Montag, gebracht wird. Dieser nimmt zu der Verhaftung eines Mörders des Prenzlauer Gefängniswärters Stellung und behauptet, daß der Mittäter beim Staatsanwalt ausgesagt hätte, daß dieser Mord von — natürlich von den Kommunisten inspiriert worden sei. Er soll von den dort inhaftierten Prenzlauer Arbeitern, die anläßlich des Naziüberfalles verhaftet wurden, zum Mord beeinflußt worden sein. Trotz des Zusammenbruches der ungeheuerlichen Hetze gegen die RGO und Sowjetunion wegen angeblicher Werkspionage bei der IG-Farben geht die Hetze weiter. Schon bei den Gerichtsverhandlungen wegen des bei Prenzlau ausgeführten Attentats auf den Schwedenzug, suchte man einen Zusammenhang mit der RGO zu konstruieren. Das Geschrei „kommunistisches Sprengstofflager" hier, Sprengstofflager da, ging durch die bürgerlich-sozialdemokratische Presse.

Mit diesen erbärmlichen Lügen versucht die kapitalistisch-sozialdemokratische und Nazipresse im Interesse der Bourgeoisie den Marsch der Volksmassen ins Lager des Kommunismus aufzuhalten. Diese dreckige Lügenhetze wird sich noch steigern. Die Bourgeoisie und ihre Lakaien sind in der Zeit des Niederganges des Kapitalismus zu allem fähig — nichts wird es nützen, den Sieg der RGO und KPD und damit der Arbeiterklasse aufzuhalten.

Kriegsopfer gegen Millionenraub!

Neue furchtbare Zahlen aus dem Antrag des Dresdner Rates und SPD-Führers

Dresden, den 20. April.

Gestern veranstaltete der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, dasselbe Reichsbund, dessen Vorsitzender SPD-Rehmann im Reichstag allen Notverordnungen der Brüninggegierung seine bedingungslose Zustimmung gab, eine Protestversammlung im Zirkusgebäude. Das Referat des Bundesvorstandsmitgliedes wurde von den empörten Reichsbundmitgliedern oft durch Zwischenrufe unterbrochen. Rufe wie „Rehmann unterstützt den Abbau" schwirrten durch den Bau. Zu dem Hoch, daß die Versammlungsleitung am Schluß auf den Bund ausbringen ließ, mischte sich das Lied der empörten und verratenen Bundesmitglieder.

Vor der Versammlung verteilten Mitglieder des Internationalen Bundes Flugblätter, in denen nur ganz kurz auf die Haltung der Bundes eingegangen und diese kritisiert wurden. Sie wurden verhaftet und nach dem Polizeipräsidium geschafft. Die Verhaftung erfolgte, ohne daß der Organisation, die diese Flugblätter herstellte am Freitag früh angemeldet hatte, binnen der ausgeschriebenen 24 Stunden von einer Nichtgenehmigung verständigt worden wäre.

Diese Mitteilungen zeigen die ungeheure Empörung der Kriegsopfer. Diese lassen sich nicht mehr mit Phrasen durch die SPD täuschen. Sie sehen am Dresdner Etat die Auswirkungen der Bundes- und SPD-Politik; sie bekommen am eigenen Leibe zu spüren. Was bedeuten z. B. die Vorschläge des Rates und SPD-Führers, den Fürsorgeetat um 6 400 000 M. zu kürzen? Mit ihrer Durchführung werden die Bedarfssätze heruntergesetzt. Der Abbau beträgt:

beim Ortsamt für Kriegerfürsorge . . .	218 000 RM
beim Jugendamt	92 000 „
bei den Krisenunterstützten	1 534 000 „
bei den Kleinrentnern	452 000 „

Es werden also rund 18,4 Prozent des Gesamtaufwandes für die Kleinrentner gekürzt! Die Unterstützungen der Wohlfahrtserwerbslosen, die im April die Zahl von 34 000 erreichten, sollen um 2 200 000 RM gedrosselt werden, aber rund 14 Prozent! In der allgemeinen Fürsorge werden 258 000 RM abgebaut, das sind 30,7 Prozent, und den Sozialrentnern sollen 634 000 RM, rund 34,9 Prozent, abgenommen werden!

Alles heraus zur Protestkundgebung der Kommunistischen Partei morgen Dienstag um 20 Uhr im Kristallpalast, Schäferstraße, und im Vollhaus, Bautzner Straße.

Alle Betriebsräte zur Volksversammlung am Mittwoch den 22. April im Kegelheim!

Massenausschlüsse von Buchdruckern

Die Bürokratie im Leipziger Buchdruckerverband hat wieder einen oppositionellen Kollegen ausgeschlossen. Als Grund zur Einleitung des Ausschlußverfahrens gibt die Bürokratie an, der betreffende Kollege hat für die kämpfenden Metallarbeiter auf Listen der IAH gesammelt.

Es gehört die ganze Verworfenheit der sozialistischen Bürokratie dazu, Mitglieder auszuschließen, die nichts anderes als ein selbstverständliches Werk der proletarischen Solidarität durchführten. Streikbrecher aber dürfen im Verband bleiben, sie belegt man mit einer Buße von 20 Mark, abzuzahlen auf Stottern, um die Unkosten zu decken, die durch die abzuhaltenden Vorstandssitzungen entstanden sind.

Die Aufgabe jedes Parteimitgliedes ist:

unermüdliche Werbung für die Arbeiterstimme!